

Frei und fair?

Machtkampf auf den Malediven

Peter Lanzet

Die Malediven befinden sich im Wahlkampf um das Amt des Präsidenten und rund 85 Parlamentssitze. Die Wahl ist für den 23. September 2018 geplant. In den zurückliegenden Ausgaben von SÜDASIEN gab es keinen Länderbericht zu den Malediven, in dem nicht von Unterdrückung der Opposition und autoritärer Staatsführung die Rede war. Gleichwohl macht sich die Opposition Hoffnung, einen politischen Wandel herbeiführen zu können.

Präsident Abdullah Yameen von der „*Progressive Party of the Maldives*“ (PPM) verteidigt sein Amt gegen Ibrahim Solih, gemeinsamer Präsidentschaftskandidat eines Bündnisses aller Oppositionsparteien und Führer der größten Oppositionspartei, der „*Maldivian Democratic Party*“ (MDP). Solih wurde als Oppositionskandidat gekürt, nachdem Mohamed Nasheed, Präsident der Malediven von 2008-2012, seine Kandidatur zurückziehen musste. Solih gilt als erfahrener und besonnener Politiker.

Administrative Arrangements

Präsident Yameen hatte in den fünf Jahren seiner Regierung Loyalisten auf allen Inselverwaltungen in führenden Stellungen gebracht und Druck auf Regierungsangestellte, Kader von Polizei und Armee sowie Empfänger von Sozialwohnungen und Sozialprogrammen ausgeübt, damit sie ihre Stimmen für die PPM abgeben. Die Wahlkommission des Landes wurde ebenfalls mit Loyalisten besetzt, öffentliche Aufträge gingen an Anhänger der PPM. Oppositionsparteien wurden gezwungen, ihre Registrierung zu erneuern, und diese wurde bürokratisch erschwert. Rechtskräftig Verurteilte mit einem Strafmaß von über drei Jahren haben kein passives Wahlrecht. Letzteres schließt die gesamte Führungsriege der Opposition, einschließlich ihres gewählten Wunschkandidaten,

den früheren Präsidenten Mohamed Nasheed, von der Wahl aus. Alle waren für vorgebliche Verbrechen gegen den Staat abgeurteilt und eingesperrt worden. Die Wahlkommission hatte gedroht, der MDP ihre Wahlregistrierung zu entziehen, falls die Partei auf Mohamed Nasheed als Präsidentschaftskandidaten besteht. Trotz Bedenken und großen inneren Widerständen der Partei, zog Mohamed Nasheed schließlich seine Kandidatur zurück, und Ibrahim Solih wurde von den 791 Delegierten der MDP als Kandidat nominiert.

Ibrahim Solih wurde 1994 zum ersten Mal von der Bevölkerung seines Heimat-Atolls Faadhihpolhu ins Maledivische Parlament, das „*People's Majlis*“ gewählt, in dem er seit fast 25 Jahren seinen Wahlkreis vertritt. Er war einer der führenden Köpfe bei der Durchsetzung eines Multi-Parteiensystems in den Malediven und seiner Verankerung in der Verfassung in den Jahren 2004 und 2009. Er war außerdem einer der Gründer der MDP, gemeinsam mit Ex-Präsident Mohamed Nasheed, dessen Frau seine Kusine ist.

Offenbar wird die Kandidatur von „Ibu“, wie das populäre Parlamentsmitglied genannt wird, von der Regierungspartei trotz aller Weichenstellungen für einen Wahlsieg des Amtsinhabers für aussichtsreich gehalten. Polizei, Armee, Justiz und Verwaltung wurden

von der Regierung gewarnt, alles für den Sieg des Amtsinhabers zu tun. Im Falle seines Wahlsieges werde Ibu alle Stellenbesetzungen und Absetzungen, Verurteilungen, Beförderungen und anderes rückgängig machen, und die Betroffenen lebenslang hinter Gitter bringen, hieß es. Der im Exil in Sri Lanka befindliche Mohamed Nasheed wurde gewarnt, auf die Malediven zu kommen. Man werde ihn köpfen. Die Regierung rechnet offenbar mit einem knappen Wahlausgang. Die Nerven der Politiker liegen blank. Präsidentschaftskandidat Ibu wurde von einem Motorrad-Mob bedrängt und mit Altöl beworfen. In Parteibüros in der Hauptstadt Male und auf den Inseln wurde eingebrochen und diese teils verwüstet. Der Druck der Regierung verhinderte die Vermietung von Veranstaltungsorten in Male für den Wahlkampf der Oppositionskoalition.

Die Wahlkommission legte die Wählerliste mit rund 263.000 registrierten Wählerinnen und Wählern vor und verwarnte sich bei dieser Gelegenheit vehement gegen den Vorwurf, es sei bei der Neuregistrierung von etwa 80.000 Wählern zu unrechtmäßigen Registrierungen in der Größenordnung von rund 20.000 Stimmen gekommen. Überzeugend fiel das Dementi aber nicht aus.

Bei der Wahlkommission müssen auch alle ausländischen Pressemitarbeiter/-



Der Oppositionskandidat Solih bei seiner Wahlkampftour zur Präsidentschaftswahl 2018; die er überraschend gewann.

Foto: Asimoosa bei wikipedia (CC BY-SA 4.0)

Inseln Uferbefestigungen in Angriff genommen, Wasserentsalzungsanlagen, Kanalisation und einige regionale Flughäfen gebaut. Hier lautet die Botschaft, der Präsident und seine Partei sind dynamische Macher, die das Land am wachsenden Wohlstand teilhaben lassen.

Die Opposition wird hingegen als regierungsunfähig und zerstritten dargestellt. Sie habe auch in der Vergangenheit dem Land keine nennenswerten Fortschritte gebracht. Schließlich werden zahlreiche Versprechungen sozialpolitischer Art im Bereich der Gesundheitsversorgung, der Rente und dem Aufbau von Bildungseinrichtungen gemacht. Letzteres verbindet wiederum alle Parteien. Die Presse spricht sogar von einem „Krieg der Wahlversprechungen“.

Was die Oppositionsparteien anstreben

Die Vierparteienkoalition der Opposition versammelt sich hinter einer Anzahl gemeinsam getragener Regierungsinitiativen im Falle eines Wahlsieges. Die größte Oppositionspartei, die MDP hatte bereits im Juni ein 120-seitiges Manifest, das „*Blue Economy Manifesto*“ für die Wahl veröffentlicht. Viele ihrer Schwerpunkte finden sich auf der Koalitionsplattform wieder. Ein zentrales Anliegen der MDP besteht in der Umgestaltung des maledivischen Präsidentsystems. Es soll zukünftig ein parlamentarisches System und eine Regierung mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze geben. Dieses Anliegen wird allerdings von der *Jumboree*-Partei nicht mitgetragen. Letztere möchte auch keine ausländischen Richter an maledivischen Gerichten zulassen. Ein Ansinnen der MDP, entstanden aus der Erfahrung

innen und Journalist(inn)en akkreditiert sein, die über den Verlauf und den Ausgang der Wahl am 23. 9.2018 berichten wollen. Presseleute, die auf der Basis eines Touristenvisums in das Land einreisen, müssen mit Strafmaßnahmen (*Punitive Measures*) rechnen oder werden ausgewiesen, wie zwei APF-Journalisten im März 2018. Sie wollten als Touristen über den Ausnahmezustand berichten. Wie die Kommission am 29. August bekannt gab, muss für eine erfolgreiche Akkreditierung (spätestens bis 15.9.) jetzt auch ein Geschäftsreisevisum vom *Immigration Department* vorliegen, in dem ausführlich über die bisherigen Beschäftigungen, Reisen und beruflichen Qualifikationen, den Zivilstand sowie die finanziellen Verhältnisse des Presseangehörigen Auskunft erteilt werden muss. Zudem muss ein polizeiliches Führungszeugnis beigelegt werden. Die Wahlkommission hat zwar die internationale Presse eingeladen, über die Wahl zu berichten, aber die Regierung will offenbar sicherstellen, dass letztlich nicht allzu viele und nur sorgfältig ausgewählte Presseleute vor Ort sind.

Strategie zum Macherhalt

Im Vordergrund stehen der Erhalt und der Ausbau des islamischen Charakters der Gesellschaft der Malediven.

Dafür steht die staatliche Unterstützung der Mullahs und der theologischen Ausbildung, der Neubau von Moscheen, die Abwehr westlich-rationalistischer Lebensart, die zunehmend engere Gestaltung der Beziehungen zu Saudi-Arabien sowie die Kontrolle der Freitagspredigten durch das Religionsministerium. Die fundamentale Auslegung des Koran führt etwa zur Ablehnung jeder menschlichen Abbildung, auch als Unterwasser-Statue. Die Botschaft lautet: der Präsident schützt das Land und seine Kultur und Lebensart.

Ein weiteres zentrales Element der Strategie zur Wählerüberzeugung ist der Verweis auf die kraftvolle und dynamische Umsetzung von Entwicklungsinitiativen mittels zahlreicher Projekte auf den Inseln sowie in der Hauptstadt. Die fristgerechte Fertigstellung der Chinesisch-Maledivischen Freundschaftsbrücke zwischen der Hauptstadtinsel Male und der nahegelegenen Flughafeninsel Hulhumale und ihre Einweihung Ende Juli 2018, der Bau eines 25-stöckigen Krankenhausturms in Male sowie der Bau von Wohnungen auf Hulhumale für etwa 30.000 Menschen sind die Leuchtturmprojekte der Regierung. Präsident Yameen hat darüber hinaus versprochen, auf jeder Insel ein Entwicklungsprojekt zu realisieren. So wurden auf vielen

mit der Manipulation maledivischer Richter während der laufenden Präsidentschaft. Zu den Plänen, die die Oppositionskoalition im Falle ihres Sieges realisieren will gehören:

- Die verfassungsrechtliche Absicherung des Schutzes und der Unabhängigkeit der Gerichte und Richter vor Eingriffen aus der Politik, insbesondere durch den Präsidenten.
- Die Dezentralisierung der Verwaltung, die Verlagerung von Entscheidungen von den Ministerien in Male auf die Räte der Atolle und Inseln. Eine nationaler Landnutzungsplan soll unter der Jurisdiktion der lokalen Räte erstellt werden.
- Die Koalition will bezuschusste Kredite an die weniger begüterte Bevölkerung vergeben, vor allem zum Hausbau sowie für Investitionen in wirtschaftliche Initiativen.
- Ausländischen Fischerbooten soll künftig das Fischen in maledivischen Gewässern verboten werden. Es soll ihnen lediglich erlaubt sein, Fisch direkt von den maledivischen Fangbooten zu kaufen. Selbst fischen dürften sie nicht mehr.
- Eine umweltfreundliche Wirtschaftsstrategie soll die Investitionen lenken und das Einkommen der Haushalte erhöhen. Alle Inseln sollen Zugang zu Wasser haben, der Abfall wird im Rahmen von einkommensschaffenden Maßnahmen aufgearbeitet, und die Riffe der Inseln sollen vor der Erosion gesichert werden. Erstaunlicherweise bleibt dabei die Rolle des Anstiegs des Meeresspiegels relativ unbedeutend. Immerhin handelt es sich um eine für die Malediven existentielle Frage.
- Auf jedem Atoll sollen höhere Schulen und technische Ausbildungsstätten eingerichtet werden,

die Lehrerbildung durch drei pädagogische Universitäten verbessert, die Lehrergehälter erhöht und die Kosten des Transports zwischen den Atollen und Inseln gesenkt werden.

- Verdiente Angestellte sowie Seniorinnen und Senioren aus der Landwirtschaft und Fischerei sollen Renten erhalten.
- Eine gestaffelte Einkommenssteuer soll eingeführt werden, um mit diesem Einkommen die künftigen Sozialausgaben des Staates zu finanzieren.
- Die Koalition will die Bevölkerung stärker am Einkommen aus dem Tourismus beteiligen. Zu diesem Zweck soll die Anzahl der touristischen Familienbetriebe nachhaltig erhöht werden.
- Alle Drogen sollen per Gesetz verboten werden.
- Unter der Koalitionsregierung würden keine ausländischen Soldaten dienen.
- Die Souveränität der Malediven darf weder im Rahmen einer geopolitischen Politik mit dem Ausland noch durch strategische Investitionen beeinträchtigt werden.
- Verfassungsänderungen der gegenwärtigen Regierung, die die Pressefreiheit, das Alter von Präsidentschaftskandidaten, die Rechte des Parlaments oder der Gerichte betreffen, werden rückgängig gemacht.
- Wiedereintritt in das „*Commonwealth of States*“, das die Malediven 2006 verlassen haben und eine unabhängige Außenpolitik.

Aufdecken der Missstände

Die Koalition vertraut darauf, dass ihr Narrativ über die vielen Korruptionsfälle der gegenwärtigen Regierung, ihr

Missbrauch von Polizei und Gerichten zwecks Machterhalt und die faktische Abschaffung der parlamentarischen Demokratie bei den Wählerinnen und Wählern die Neigung für einen Wandel zu stimmen, stärken wird. So hatte die Regierung über Gesetzesänderungen in Abwesenheit der Mehrheit der gewählten Abgeordneten abstimmen lassen.

Auch ist der Rücktritt des Präsidenten der Zentralbank der Malediven vor zwei Jahren unvergessen. Er trat zurück, nachdem er öffentlich gemacht hatte, dass Pachtzahlungen für Resortinseln in Höhe von 80 Millionen US Dollar direkt an einen engen Kreis um den Präsidenten und an den Präsidenten selbst geleistet wurden. Zwei Journalisten wurden getötet, andere verurteilt und eingesperrt. Der katarischen Nachrichtensender *Al Jazeera* hatte ausführlich darüber berichtet und Ross und Reiter benannt. In der Folge hat der Präsident die Pressebeurteilung unter die Kuratel eines von ihm beeinflussten Presserates gestellt, der Diffamierungsklagen erheben kann, die mit empfindlichen Geldstrafen verbunden sind.

Zurzeit droht dem TV-Sender *Raajje* eine sehr hohe Geldstrafe. Er hat in einem früheren Fall bereits einmal 240.000 US-Dollar zahlen müssen. *Raajje* veröffentlichte Indizien, die nahelegen, dass Präsident Nayeem hinter der Lieferung von Öl an Nordkorea durch einen maledivischen Geschäftsmann und einem Schiff unter maledivischer Flagge steht. Diese Lieferungen verletzen die UN-Sanktionen gegen Nordkorea.

Die Koalition stellt ferner das selbst verliehene Image der Regierung als Entwicklungs-Macher, die auf jeder Insel ein Entwicklungsprojekt realisiere, in Frage. Die Online-Zeitung „*Maldives Independent*“ kontaktierte 107 von 180 Inselräten und fand heraus, dass 20 Projekte nicht existieren, 51 Projekt erheblich verzögert sind, bei 35 Projekten die Arbeit eingestellt wurde, 41

versuchen, Probleme zu überwinden und fünf Projekte von früheren Regierungen realisiert wurden.

Die Regierung hatte zu Beginn ihrer Amtszeit verfügt, dass Mega-Projekte im nationalen Interesse von den normalen Ausschreibungsverfahren befreit sind und die Regierung die Projektvergabe eigenständig regeln kann. In diesem Zusammenhang verweist die Opposition auf die eingangs erwähnten Leuchtturmprojekte. Der Präsidentschaftskandidat Ibu geißelt die Politik der Regierung, die den dreibis vierfachen Preis für den Bau eines Krankenhausturms in der Hauptstadt für 140 Millionen US Dollar bezahlte. Auch die für 200 Millionen US Dollar gebaute Chinesisch-Maledivische Freundschaftsbrücke hätte für wesentlich weniger errichtet werden können. Das gleiche gilt für die Neubauwohnungen auf Hulhumale. Überall seien Kickbacks geflossen. Einem Schwager des Präsidenten sei ein Filetgrundstück an der Wasserfront der Hauptstadt Male für 50 Jahre kostenlos verpachtet worden. Dieser hat das Grundstück seinerseits an chinesische Investoren verpachtet.

Die Wahl im Kontext internationaler Beziehungen

Der Abgeordnete der indischen Regierungspartei BJP, Subramanian Swamy, hat am 24. August 2018 über Twitter wissen lassen, die indische Regierung sollte die Malediven besetzen, falls die gegenwärtige maledivische Regierung das Ergebnis der Wahlen zum eigenen Vorteil fälschen sollte. Damit hat er zur erheblichen Verschlechterung der indisch-maledivischen Beziehungen beigetragen. Die Vergabepaxis für indische Migrantenvisa wurde spürbar verschärft, unter den indischen Arbeitsmigrant(inn)en geht die Angst um. Auf den Malediven leben etwa 30.000 indische Staatsbürger/-innen. Viele sind im medizinischen oder im Bildungsbereich oder als Manager tätig, andere sind auf den Touristen-Resorts angestellt. Ein indischer Zahnarzt

verdient in Kerala rund 300 US Dollar, auf den Malediven über 1000. Auf den Touristenressorts sollen in absehbarer Zukunft 600 US Dollar Monatslöhne gezahlt werden, ein Vielfaches für vergleichbare Arbeit in Indien. Bisher konnten Malediver und Inder ohne große Probleme Visa, auch Arbeitsvisa für das jeweils andere Land beantragen. Die gegenwärtige indische Regierung fürchtet jetzt, militärische Schläfer könnten auf dem Weg der einfachen Visavergabe ins Land kommen. Tausende von Maledivern besuchen jedes Jahr den großen Nachbarn Indien zwecks Ausbildung und medizinischer Behandlung. Nur zu Sri Lanka gibt es eine ähnlich große, geographische, kulturelle und linguistische Nähe wie zu Indien. Indien exportiert jährlich Waren im Wert von etwa 100 Millionen US Dollar an die Malediven.

Ohnehin haben die diplomatischen Beziehungen zu Indien mit der geopolitischen Umorientierung der Malediven zu China, Pakistan und Saudi-Arabien stark gelitten. Geschenkte indische Helikopter wurden zurückgegeben, das indische Flughafenmanagement des internationalen Flughafens wurde einer chinesischen Firma überantwortet, gemeinsame Marinemanöver mit Indien abgesagt. Der Einfluss Chinas auf die Malediven ist erheblich gestiegen. Sichtbare Zeichen sind die Leuchtturmprojekte in Male und Hulhumale, der Bau einer „*Joint Ocean Station*“ auf dem nördlichsten Atoll Makunudhoo, ganz in der Nähe der indischen Lakadiven Inseln (Minicoy), die Verpachtung einer bewohnten Insel im südlichsten Atoll der Malediven an eine chinesische Firma für 50 Jahre (*Feydhoo Finolhu Island*) und vor allem die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit China im Dezember 2017. Die Oppositionskoalition will diesen Einfluss im Falle eines Wahlsieges zurückdrängen und erneut enge Beziehungen zum traditionellen Partner Indien aufbauen.

Im Februar 2018 hatte das indische Außenministerium seiner „tiefen Enttäu-

schung“ Ausdruck verliehen, als Präsident Nayeem den Ausnahmezustand in den Malediven ausgerufen hatte, der bis März aufrechterhalten wurde. Ende Juni äußerte das indische Außenministerium die Erwartung, die maledivische Regierung würde politische Gefangene freilassen und die Unabhängigkeit der Gerichte garantieren, um die Beziehungen zu Indien wieder auf eine gute Grundlage zu stellen.

Indiens Politik gegenüber den Malediven weist große Ähnlichkeiten mit der der EU oder der USA auf und scheint auch mit diesen abgestimmt. Die indische Online-Zeitung „*Scroll.in*“ rechnet mit einer scharfen Reaktion, sollte Präsident Yameen die Wahl absagen. Die Europäische Union hat durch ihre Botschafter eine freie und faire Wahl auf den Malediven angefordert und damit gedroht, Personen, die sich daran beteiligen, das Wahlergebnis zu verfälschen, die Einreise in die EU zu verweigern und etwaige Vermögenswerte, die in der EU angelegt sind, einzufrieren.

Letzte Meldung

Ibrahim Mohamed Solih hat mit 58,3 Prozent die Wahl klar gewonnen. Abdulla Yameen hat seine Niederlage zugestanden, wengleich vor Gericht eine Überprüfung der Wahl beantragt.

Zum Autor



Peter Lanzet arbeitete 35 Jahre für Brot für die Welt und ihre Vorgängerorganisationen EZE und EED. Zunächst förderte und begleitete er die Projekte und

Programme südasiatischer Partner. Anschließend baute er die Fachstelle Entwicklungsfinanzierung und Entschuldung auf. Heute ist er Berater für Entwicklungsfinanzierung und Wirksamkeit von Entwicklung in Bonn.